

Eine kurze Geschichte der deutschen Sozialdemokratie

Peter Brandt · Detlef Lehnert

Eine kurze Geschichte der deutschen Sozialdemokratie



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0646-8

Auch als E-Book erhältlich ISBN 978-3-8012-7047-6

© 2023 by

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlag: Petra Bähler, Köln

Satz:

Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Mediengestaltung,
Marburg

Druck und Verarbeitung: CPI books, Leck

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2023

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhalt

VORWORT	7
KAPITEL 1 Grundlagen der Entstehung einer deutschen Arbeiterbewegung	9
KAPITEL 2 Gründungsepoche 1863–1875: »Lassalleaner« und »Eisenacher«	13
KAPITEL 3 Konfliktzeit 1876–1891: Sozialistengesetz und Erfurter Programm	30
KAPITEL 4 Orientierungsfragen 1892–1904: Gewerkschaften, Wahlerfolge und Reformismusdebatten	44
KAPITEL 5 Ära der Massenorganisation 1905–1913: Imperialismus und Strategiedifferenzen	58
KAPITEL 6 Umbruchsperiode 1914–1919: Erster Weltkrieg, Parteispaltung und Revolution	72
KAPITEL 7 Weimarer Demokratie 1920–1929: Erschütterungen und Erfolge	89
KAPITEL 8 Katastrophenepoche 1930–1945: Weltwirtschaftskrise, NS-Regime und Krieg	103
KAPITEL 9 Neubeginn 1945–1957: Wiederaufbau und Opposition – die SPD in den frühen Jahren der Bundesrepublik	118

Inhalt

KAPITEL 10	Umorientierung 1958–1968/69: Godesberger Programm und erste Große Koalition . . .	134
KAPITEL 11	Das sozialliberale Jahrzehnt 1969/70–1980: Entspannungspolitik und Reformära	149
KAPITEL 12	Jahre des Umbruchs 1981–1989: Machtverlust und Milieu-Erosion	169
KAPITEL 13	Die ersten Jahre nach Mauerfall und Wiedervereinigung 1990–1998: Vom Wahldebakel zum Wahlsieg	188
KAPITEL 14	Rot-grüne Regierung 1999–2005: Liberalisierung und »neoliberale« Tendenzen	200
KAPITEL 15	Koalition und Opposition 2006–2013: Finanzmarktkrise und erste Korrekturen der »Agenda 2010«	209
KAPITEL 16	Von zwei Großen Koalitionen zur »Ampel« 2014–2021 . .	224
SCHLUSSBETRACHTUNG		240
Über die Autoren		242
Personenregister		243

Vorwort

Auch diese »Kurze Geschichte« der deutschen Sozialdemokratie (das Kürzel SPD ist erst seit 1890 historisch korrekt verwendbar) hat ihre längere Vorgeschichte. Die beiden Autoren legten schon in viel jüngeren Tätigkeitsjahren jeweils themenbezogene Überblickstexte vor: Detlef Lehnert, *Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848 bis 1983*, Frankfurt a. M. 1983; Dieter Groh/Peter Brandt, »Vaterlandslose Gesellen«. *Sozialdemokratie und Nation 1860–1990*, München 1992. Aber eine gemeinsame Vorläuferschrift wurde erst Peter Brandt/Detlef Lehnert, »Mehr Demokratie wagen«. *Geschichte der Sozialdemokratie 1830–2010*, Berlin 2013. Keine dieser Publikationen wird von den Verlagen noch vertrieben. Es liegt in der Natur der Sache, insbesondere bei historisch orientierten Überblickstexten, dass sich weder Zitate und Daten/Fakten noch erwähnenswerte Personen oder dargelegte Zusammenhänge ändern. Dennoch ist dies nun, auf der seither noch ergänzten Materialgrundlage, ein ganz anderes Buch geworden: ohne Fuß- und Endnoten oder ein Verzeichnis der insgesamt kaum noch überschaubaren Literatur; sprachlich noch um einiges vereinfacht für ein breiteres Lesepublikum – und bis Ende 2021 fortgeschrieben, somit ganz nah an der unmittelbaren Gegenwart. Solches fällt Historikern nicht ganz leicht, die vor einer Darstellung stets wissen möchten, wie das Ende der jeweiligen realen kleinen Geschichte ausgefallen ist.

Die »Kleine Geschichte der SPD 1848–2002« von Susanne Miller und Heinrich Potthoff, die 2008 beziehungsweise 2021 verstorben sind, erreichte in der 8. aktualisierten und erweiterten Auflage (Bonn 2002) zuletzt 589 Seiten. Seither sind zwei ereignisreiche Jahrzehnte einer zunehmend schnelllebigen Zeit vergangen, und auch die Lesegewohnheiten insbesondere der jüngeren Generation haben sich geändert. Deshalb legen wir diese knappe und aktuelle Darstellung vor und verweisen alle, die sich zum Beispiel in das Umfeld der zi-

tierten zeitgenössischen Stimmen vertiefen wollen, auf die oben genannten Schriften mit einem mehr oder minder ausführlichen wissenschaftlichen »Apparat« hin; dieser liegt aber im Hintergrund natürlich auch dieser neuen Veröffentlichung. Zum Schluss möchten wir erwähnen, dass die Rechtschreibung in Zitaten modernisiert, aber nicht schematisch angepasst wurde, sodass im Ergebnis eine die Lesbarkeit fördernde Nähe von Quellen- und Autorenschreibweise entstehen sollte.

Das Personenregister führt nur die Namen aus der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung insgesamt auf, während für die Zeit nach 1945 auch die »prominentesten« Namen in Koalitionen verbundener beziehungsweise konkurrierender politischer Kräfte mit verzeichnet sind.

Die Autoren, im Juni 2023

KAPITEL 1 Grundlagen der Entstehung einer deutschen Arbeiterbewegung

Im deutschsprachigen Mitteleuropa bildete sich im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts eine moderne Industriearbeiterschaft heraus. Zu dieser Zeit existierte in England bereits eine Gesellschaft, die vorrangig von der Fabrikindustrie geprägt war. Dies galt für Deutschland noch nicht. Hier lag um das Jahr 1835 die Zahl der Handwerksgehlen und Heimarbeiter zehnmahl höher als die der Manufaktur-, Industrie- und Bergarbeiter. Bis 1873 näherte sich dieses Verhältnis etwa auf zwei zu eins an. Noch immer verzeichnete die Landwirtschaft zu diesem Zeitpunkt die größte Gruppe von Arbeitern, wenn man eine weit gefasste Definition von »Arbeiter« als lohnabhängig Beschäftigte zugrunde legen will.

Die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts war für die besitzlosen Unterschichten, also die Mehrheit der deutschen Bevölkerung, eine Zeit bitterster Armut und häufiger Hungerkrisen. In vielen Handwerksberufen nahm die Konkurrenz zwischen Meistern wie auch zwischen Gesellen zu, was oft dazu führte, dass ihre bisherigen Erwerbsgrundlagen zerstört wurden. Die Nöte des »Pauperismus«, wie die Massenarmut im Übergang zum Industriekapitalismus genannt wurde, trafen ganz besonders Frauen. Weibliche Lohnarbeit war vor allem in solchen Bereichen anzutreffen, in denen niedrige Löhne gezahlt wurden, wie beispielsweise in der Landwirtschaft, in den häuslichen Diensten sowie im Textil- und Nahrungsmittelgewerbe.

In den dreieinhalb Jahrzehnten nach 1840 fand in Deutschland eine »industrielle Revolution« statt, die zunächst bedeutete: Die kapitalistische Industrialisierung wurde in diesem Zeitraum unumkehrbar und gewissermaßen zu einem selbsttragenden Prozess. Die wirtschaftliche Entwicklung begünstigte die Gründung des Deutschen Zollvereins im Jahr 1834 unter der Führung Preußens. Dem schlossen sich schrittweise die übrigen deutschen Einzelstaaten an – vor allem, um sich von der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie abzu-

grenzen. Der Eisenbahnbau, der 1835 begann und in den 1840er-Jahren weiter Fahrt aufnahm, entwickelte sich zum Leitsektor der frühen Industrialisierung. Vor dem Hintergrund des deutschen Staatenpartikularismus ist die Tatsache von großer Bedeutung, dass bis 1847 die Gewerbemetropolen der nördlichen Hälfte, also Breslau, Berlin, Leipzig, Hamburg und Köln, durch Eisenbahnlinien verbunden waren. Neben den ökonomischen Impulsen für die Herausbildung eines gesamtdeutschen Binnenmarktes ist die bewusstseinsformende Kraft eines solchen Verkehrsnetzes hervorzuheben, das infolge der verbesserten Kommunikationswege entstand.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bildeten sich in den industriellen Ballungszentren und großen Städten allmählich typisch proletarische Milieus heraus, da sich die Arbeits- und Lebenssituation sowie die Wohnverhältnisse allmählich anglichen. Dennoch unterschieden sich Facharbeiter sowie Un- und Angelernte in ihren Arbeitsbedingungen und -verhältnissen weiterhin beträchtlich voneinander. Die berufsstolzen Handwerksgesellen und kleinen Meister bildeten aufgrund des ökonomischen Drucks, der ihren Status beeinträchtigte und ihnen immer weniger die Chance zur Selbstständigkeit eröffnete, die wichtigsten Gruppen der frühen deutschen Arbeiterbewegung. Das hatte auch mit ihrer berufsbezogenen Organisierbarkeit zu tun, was an zwei hervorstechenden Beispielen deutlich wird: dem »Gutenbergbund« der Buchdrucker und der »Assoziation der Zigarrenarbeiter«.

Die Buchdrucker, zumeist auch als Schriftsetzer ausgebildet, waren eine Gruppe von Arbeitern, die aufgrund ihrer berufsbezogenen Solidarität und ihres Statusbewusstseins als Verkörperung von »Arbeiteraristokraten« gelten durften und sich von anderen Arbeitergruppen abkapselten. Sie hatten das höchste Lohnniveau und die kürzesten Arbeitszeiten. Aufgrund ihrer Bedeutung bei der Flugblattherstellung und der Abhängigkeit ihrer Berufstätigkeit von der Pressefreiheit waren sie überdurchschnittlich politisiert. So blieben sie noch viele Jahrzehnte lang in den Führungspositionen der Arbeiterbewegung weit überproportional vertreten.

Die Zigarrenarbeiter waren im Gegensatz zu den Buchdruckern von Anfang an in einem zunftfreien Berufszweig organisiert. Für ihre

Arbeit war neben einer gewissen Fingerfertigkeit keine besondere Qualifikation erforderlich, was ihnen kein hohes soziales Ansehen einbrachte. Dennoch fanden sie an ihrem Arbeitsplatz günstige Bedingungen, um miteinander zu kommunizieren. Die Idee einer Assoziation war für die Zigarrenarbeiter ohne große Hindernisse umsetzbar und half dabei, ein gemeinsames Berufsbewusstsein zu entwickeln, das auch nach außen hin Anerkennung fand. Ähnlich wie bei den Buchdruckern war die politische Sensibilität der Zigarrenarbeiter aufgrund der Abhängigkeit ihrer Branche von der Steuergesetzgebung und der Kaufkraft der Massen sehr hoch. Besonders in den krisenhaften Jahren seit 1846, als aufgrund von Missernten die Lebensmittelpreise extrem zu spüren war, erlitten sie große Einbußen. Die Zigarrenarbeiter waren daher empfänglich für Fragen zur sozialen Lage ihrer Klassengenossen in anderen Berufszweigen. Deshalb integrierten sie sich viel bereitwilliger als die Buchdrucker in die »allgemeine« Arbeiterbewegung.

Während der Revolution von 1848 artikulierten sich Vertreter der frühen deutschen Arbeiterbewegung, die bislang ins Exil verbannt waren, erstmals frei an der Seite des demokratisch-republikanischen Lagers. Auf Initiative einer Berliner Arbeiterversammlung hin gründete sich Ende August/Anfang September 1848 auf einer gesamtdeutschen Konferenz in Berlin ein Dachverband namens »Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung«. Er wurde von dem gerade erst 24 Jahre alten Schriftsetzer Stephan Born geleitet. Born repräsentierte die Gesamtbewegung, in der die Altersgruppe der bis 30-Jährigen am stärksten war. In einem Aufruf an die »arbeitenden Klassen Deutschlands« in der von Born herausgegebenen Zeitschrift »Das Volk« war Ende Juni 1848 von »sozialer Demokratie« die Rede. Auch Wenzel Kohlweck, ein junger Zigarrenarbeiterführer, zählte damals gerade erst 26 Jahre. Da die überwiegende Zahl von Arbeitern schon mit 14 Jahren ins Berufsleben eintrat und die Lebenserwartung der Unterschichten gering war, lag das Alter der meisten Arbeitskräfte in vielen Gewerben Mitte des 19. Jahrhunderts unter 30 Jahre. So wird das Bild einer Revolution der Jungen deutlich.

Das Konzept der »Verbrüderung« aller Arbeiter hatte seine historischen Wurzeln in den Gesellenbruderschaften und in dem christlichen Grundwert der »Brüderlichkeit« sowie der »Fraternité« der Französischen Revolution. Zu Beginn schlossen sich 32 Arbeitervereine, auch lokale »Komitees« genannt, der »Arbeiterverbrüderung« an. Je nach angewandtem Kriterium stieg ihre Zahl auf 75 bis 120, was etwa 15.000 bis 20.000 Mitgliedern entsprochen haben dürfte. Sitz der Gesamtorganisation war Leipzig. Die Westdeutschen um den Kölner Verein sowie die Süd- und Südwestdeutschen schlossen sich mit einiger Verzögerung an, letztere wurden von einem zweiten »Zentralkomitee« vertreten. Regionale Zentren waren Berlin, die Hansestädte, das Rheinland und das Bergische Land, der Maingau sowie Sachsen. Es war wegweisend für die weitere Zukunft, dass solch eine »Verbrüderung« nicht mehr als rein männlich verstanden wurde: »Von allen diesen Bestimmungen sind die weiblichen Arbeiter nicht ausgeschlossen und genießen unter gleicher Verpflichtung gleiche Rechte.«

Letztendlich scheiterte die Revolution von 1848/49. Das lag vor allem an der Übermacht jener Kräfte, die dem Obrigkeitsstaat dienten. Längerfristig mussten diese sich indessen den Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Industrialisierung anpassen. Die territorialen Zersplitterungen und das Konkurrenzverhältnis zwischen Preußen und dem nur teilweise deutschsprachigen Österreich bezüglich der »deutschen Fragen« (klein- oder großdeutsche Lösung) spielten diesen beiden größeren Mächten dabei in die Hände. Während sie zunehmender staatlicher Repression ausgesetzt war, trat die Sozialdemokratie fortschreitend die Erbfolge in den 1848er-Traditionen an, die von den meisten Liberalen nicht mehr fortgeführt wurden. Bei Parteiveranstaltungen wurden oft gleichrangig das Rot der internationalen Arbeitersolidarität und das Schwarz-Rot-Gold der Freiheits- und Einheitsbewegung von 1848/49 gezeigt, was als symbolischer Ausdruck einer demokratisch-gemeindeutschen Gesinnung gemeint war. Das galt auch für die Feier des 18. März, dem Tag, der mit den Barrikadenkämpfen in Berlin von 1848 verbunden wurde.